

Projektgruppe „Geflüchtete in Köln“

Tätigkeitsbericht

Am 20. Oktober 2016 waren 13.459 Geflüchtete in städtischen Unterkünften erfasst. Die Stadtverwaltung tut sich nach wie vor schwer, diese Menschen angemessen unterzubringen und ausreichende Angebote zur Integration zu machen. So sind aktuell noch etwa 2.400 Geflüchtete in Turnhallen untergebracht.

Angela Merkels Aussage vom 31. August 2015: „Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“ war zunächst eine wichtige humanitäre Geste. Die reale Politik setzte aber schnell wieder auf Abschreckung, Abschottung und Abschiebung, während die dringend erforderlichen Integrationsangebote immer noch unzureichend bleiben.



An den Außengrenzen der EU sind bereits Zehntausende Menschen gestorben, das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden. Drittstaaten werden eingespannt, um Flüchtende schon weit vor Europas Grenzen zu stoppen. Dabei arbeitet die EU mit autoritären Staaten und Diktaturen zusammen. Die Türsteherdienste entlohnt sie mit Entwicklungshilfe, mit Privilegien oder indem sie zu Menschenrechtsverletzungen dieser Staaten schweigt.

Zudem trägt – entgegen allem Gerede vom „Bekämpfen der Fluchtursachen“ – die Außenhandelspolitik der EU durch Abkommen wie das EPA (Economic Partnership Agreement) mit afrikanischen Staaten dazu bei, in diesen Ländern weitere wirtschaftliche Verheerungen anzurichten. Der Slogan der Refugee-Bewegung „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ bringt diese auf den Punkt.

Die Geflüchteten und der Umgang mit ihnen polarisieren die Gesellschaft. Einerseits engagieren sie allein in Köln Tausende in Willkommensinitiativen andererseits bekommt die Alternative für Deutschland immer mehr Zuspruch.

Dass sich manche Menschen in Konkurrenz zu den Geflüchteten sehen, ist das fatale Ergebnis einer falschen Politik, für die die Geflüchteten in keiner Weise verantwortlich sind. Wir fordern soziale Rechte für alle, auch für Geflüchtete.

DIE LINKE hat sich in ihrem 2011 in Erfurt beschlossenen Programm klar und deutlich festgelegt. Sie fordert „offene Grenzen für Menschen in Not“ und stellt fest: „Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden.“ Immer wieder gibt in der Partei aber auch Stimmen, die einen anderen Ton anschlagen. Da ist davon die Rede, es gebe „Kapazitätsgrenzen“ und „Wir können nicht jedes Jahr eine Million Menschen aufnehmen.“

In dieser Lage hatte die Kreismitgliederversammlung im März 2016 beschlossen, die Geflüchtetenpolitik zu einem der Schwerpunkte der LINKEN. Köln zu machen und eine Projektgruppe einzurichten.

Umsetzung unserer Aufgaben:

Zwischen April und November 2016 hat sich die Projektgruppe fünf Mal getroffen, sich informiert und diskutiert, sich über die Geflüchtetenpolitik in Köln ausgetauscht und Aktionen vorbereitet.

Auf den Treffen der Projektgruppe haben wir eine offene Aussprache über die Positionen der Partei DIE LINKE zur Geflüchtetenpolitik organisiert und über die Ursachen und Auswirkungen der Flucht aufgeklärt. Ein Schwerpunkt lag hierbei auf der Aufklärung über und der Kritik an der „Festung Europa“.

Zur Wohnungspolitik („Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete“) haben wir eine schlüssige und qualifizierte Positionierung der LINKEN Köln erarbeitet.

Hierbei stehen wir in Kontakt mit den Netzwerken für Geflüchtete. An der Projektgruppe haben sich Menschen beteiligt, die sich auch selbst in Willkommensinitiativen engagieren.

Nicht gelungen ist es uns, Kontakte mit Geflüchteten zu knüpfen und deren Selbstorganisation zu unterstützen.

Gemeinsam mit der Ratsfraktion haben wir konkrete Verbesserungen für die in Köln lebenden Geflüchteten erreicht:

- Ombudsstelle für Geflüchtete;
- Vorrang für dezentrale Unterbringung;
- Auszugsmanagement;
- stärkere Unterstützung der Willkommensinitiativen.



Erreicht haben wir dies u.a. durch die Gestaltung einer Kreismitgliederversammlung und die Vorlage eines Antrags „Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete“ auf dieser Versammlung, mehrere Straßenaktionen zur „Festung Europa“ und die Vorbereitung und Durchführung einer Aktionswoche der LINKEN Köln, an der sich sechs der sieben Ortsverbände und unser Bundestagsabgeordneter Matthias W. Birkwald beteiligt haben.

Ein schöner Erfolg war auch die Abschlussveranstaltung dieser Aktionswoche („Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete“), an der 60 Menschen teilgenommen haben und sich über kreative Vorschläge für eine menschenwürdige und die Integration stärkende Unterbringung Geflüchteter informiert haben.

Wir haben die Projektgruppe nicht als Ersatz für das Engagement der Ortsverbände und der Ratsfraktion/unsere Mandatsträger*innen und der Arbeitskreise verstanden. Wir haben deren Arbeit unterstützt und ein Forum für den Austausch angeboten.

So hat sich der **AK Stadtentwicklung** mit der Flüchtlingsunterbringung beschäftigt, war an der Erarbeitung des Antrags „Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete“ und an



der Vorbereitung der Abschlussveranstaltung der Aktionswoche beteiligt.

Der **AK Soziales und Integration** hat sich mit verschiedenen Aspekten befasst. Eine wichtige Forderung war die Einrichtung einer Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln (s.o.), die – auch auf Druck der LINKEN – Mitte September ihre Arbeit aufgenommen hat. DIE LINKE hat über Monate für die Einrichtung dieser Stelle gestritten und die Öffentlichkeit informiert. Träger ist der Kölner Flüchtlingsrat – auch darauf haben wir hingewirkt.

Zum 4-Phasen-Modell für Flüchtlingsunterkünfte haben wir betont, dass man dieses Modell von der vierten Phase, dem Umzug in normale Wohnungen, her denken muss, weil der Bau dieser Wohnungen die längste Zeit beansprucht und die Zeit in Notunterkünften unnötig verlängert wird, wenn nicht gleich mit Bauen angefangen wird.

Bei der Umsetzung eines Wohnungsprogramms ist die Stadt bisher nur wenig voran gekommen. Im Juni hat der Rat zur Umsetzung des Stadtentwicklungskonzept Wohnen eine Liste von neuen Flächen für den Wohnungsbau beschlossen, aber bis diese Flächen tatsächlich bebaut werden, werden noch Jahre vergehen. Im Oktober wurde dann von der Verwaltung eine „Wohnungsbauoffensive“ vorgelegt, die aber nicht mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein. Etwa 850 Wohnungen sollen gebaut werden. Sie können den existierenden Bedarf nicht decken. Positiv an dieser Offensive ist, dass 40% der Wohnungen für Geflüchtete sein sollen, 40% öffentlich geförderte Wohnungen und 20% frei finanzierte.

Die Willkommensinitiativen führen ab 4. November eine Kampagne mit dem Namen „Wohnen wagen“ durch. Ihre Ziele decken sich mit der von uns erarbeiteten Position und wir arbeiten auch darin mit.

Die kurdischen Genossinnen und Genossen haben wir in ihren Aktionen gegen das Erdoğan-Regime in Köln unterstützt. Matthias W. Birkwald hat als einziger deutscher Politiker auf der Kundgebung auf der Deutzer Werft sprechen dürfen. Auch bei der Benefiz-Veranstaltung für eine ambulante Klinik waren wir die einzige deutsche Partei und wurde als einzige Unterstützer gewürdigt.

Der **AK Gesundheit und Inklusion** hat sich mit der gesundheitlichen Versorgung der Geflüchteten beschäftigt. Auch aufgrund des Drängens der LINKEN erhalten der Stadt Köln zugewiesene Geflüchtete seit dem 1. April 2016 eine elektronische Gesundheitskarte (eGK). Diese verbessert die medizinische Versorgung der Menschen, indem sie Erkrankten den direkten Weg in eine ärztliche oder zahnärztliche Behandlung eröffnet.

Der Arbeitskreis hat sich auch über die Situation Geflüchteten mit Behinderung informiert. Nach wie vor verfügt die Stadt über keine ausreichenden Kenntnisse über die Zahl und die Bedürfnisse dieser besonders schutzbedürftigen Personen und fehlen barrierefreie Unterkünfte.

Der **AK Jugend und Schule** hat einen Ratsantrag „Besserer Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen für Geflüchtete und durch ihre soziale Herkunft benachteiligte Jugendliche“ erarbeitet, mit dem das Land NRW aufgefordert wird, die Angebote an öffentlichen Bildungseinrichtungen für Geflüchtete und Einheimische zugleich zu verbessern. DIE LINKE hat erreicht, dass der Rat der Stadt Köln das Land NRW auffordert, die Berufskollegs wieder für junge Geflüchtete bis 21, teilweise bis 25 Jahren zu öffnen.

Finanzen:

Die Projektgruppe hat über ihre im Haushalt des Kreisverbandes zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1.000 Euro durch den Kreisvorstand vor allem zur Finanzierung der Aktionswoche zusätzliche Mittel erhalten.

Projektleitung:

Angelika Link-Wilden, Katharina Löber, Klaus Roth, Thomas Steffen

Terminleiste:

12.02.	Flüchtlingspolitischer Ratschlag
01.03.	Kreismitgliederversammlung: Fortschreibung des Arbeitsprogramms mit Projekt „Geflüchtete in Köln“
17.03.	gemeinsame Mitgliederversammlung der Kreisverbände Köln und Rhein-Erft: Global brutal – Freihandel als Fluchtursache
07.04.	1. Treffen der Projektgruppe
01.05.	Vorstellung der Projektgruppe auf der DGB-Kundgebung auf dem Heumarkt
02.05.	2. Treffen der Projektgruppe: Festung Europa und EU-Asylpolitik
24.05.	AK Stadtentwicklung / AK Soziales und Integration: Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete
20.06.	3. Treffen der Projektgruppe: Berichte von der Flüchtlingspolitischen Diskussion auf dem Landes- und dem Bundesparteitag der LINKEN
28.06.	Mitgliederversammlung der LINKEN. Köln: Beschluss „Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete“
03.07.	Aktion „Festung Europa“
26.07.	Aktion „Festung Europa“
22.08.	4. Treffen der Projektgruppe: Integrationsgesetz
30.09. – 07.01.	Aktionswoche
07.10.	Öffentliche Veranstaltung „Gutes Wohnen – auch für Geflüchtete“
18.10.	Öffentliche Veranstaltung die linke. sds „Ökozid in Nigeria“
10.11.	5. Treffen der Projektgruppe Auswertung der Aktionswoche / Bilanz der Projektarbeit / Vorschlag, wie die Flüchtlingspolitik der LINKEN. Köln fortgesetzt werden kann.
17.11.	Jahreshauptversammlung = Abschluss des Projektes